

Absender:

**SPD-Fraktion, Frau Buchholz (BIBS),
Herr Schröter (B90/Grüne) im
Stadtbezirk 323**

TOP 4.1
18-08274
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**Abgrenzung des Gewerbegebietes Waller See zur Wendener und
Thuner Feldmark**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.05.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel
(Entscheidung)

29.05.2018

Status

Ö

**Beschlussvorschlag:
Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, im Zuge der weiteren Erschließung des Gewerbegebietes Waller See wirksame bauliche Maßnahmen vorzusehen und umzusetzen, um das Gewerbegebiet gegenüber der verbleibenden Feldmark auf Thuner und Wendener Seite abzugrenzen. Durchfahrten des motorisierten Verkehrs sollen durch geeignete bauliche Maßnahmen verhindert werden, eine Wegeverbindung zwischen der Feldmark und dem Gewerbegebiet für Fußgänger und Radfahrer soll jedoch vorgesehen werden. Die Feldmark Wenden und Thunes soll durch einen Grüngürtel vom Gewerbegebiet Waller See getrennt werden, die Wege der Feldmark sollen ausschließlich Fahrzeugen der Land- und Forstwirtschaft sowie Fußgängern und Radfahrern zur Verfügung stehen.

2. Die Verwaltung möge ihre die Punkt 1 berücksichtigenden Pläne dem Bezirksrat 323 bei einer der nächsten Sitzungen im Jahr 2018 vorstellen.

Sachverhalt:

Der Bezirksrat 323 begrüßt die im Zuge der weiteren Erschließungsarbeiten des Gewerbegebietes Waller See erfolgte Abriegelung des Gewerbegebietes zur Feldmark in Richtung Gieselweg. In der Vergangenheit waren Auto- und LKW-Fahrer trotz Aufstellen von Barrieren sehr kreativ, Durchfahrwege bzw. Schleichwege zwischen dem Gewerbegebiet über die Wege der Feldmark sowohl in Richtung Wenden und die Veltenhöfer Straße als auch den Gieselweg zu finden und mit steigender Frequenz zu nutzen. Die Öffnung der Feldmarkwege für den MIV gilt es aber in Zukunft durch geeignete bauliche und stadtgestalterische Maßnahmen unbedingt zu vermeiden. Wenden und Thune dürfen nicht zu Durchfahrt- und Ausweichstrecken zwischen dem Gewerbegebiet Waller See selbst, den angrenzenden Gewerbegebieten, der Autobahn und der B4 werden.

gez.

Julia Retzlaff

Astrid Buchholz

Carsten Schröter

Anlage/n:

keine

Betreff:

Verwendung von bezirklichen Mitteln im Stadtbezirk 323 - Wenden-Thune-Harxbüttel

Organisationseinheit:

Dezernat II
10 Fachbereich Zentrale Dienste

Datum:

04.05.2018

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel
(Entscheidung)

Sitzungstermin

29.05.2018

Status

Ö

Beschluss:

Die in 2018 veranschlagten Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates 323 – Wenden-Thune-Harxbüttel werden wie folgt verwendet:

1. Einrichtungsgegenstände für bezirkliche Schulen	300,00 €
2. Mittel für Ortsbüchereien	3.000,00 €
3. Straßenunterhaltung an bezirklichen Straßen	9.000,00 €
4. Hochbauunterhaltung für bezirkliche Friedhöfe	2.000,00 €
5. Grünanlagenunterhaltung für bezirkliche Friedhöfe	500,00 €

Die Verwendungsvorschläge ergeben sich aus dem Begründungstext und den Anlagen.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung und des Inkrafttretens des städtischen Haushalts 2018.

Sachverhalt:

Für die Verwendung der bezirklichen Mittel im Stadtbezirk 323 – Wenden-Thune-Harxbüttel unterbreitet die Verwaltung dem Stadtbezirksrat folgende Vorschläge:

Zu 1.: Einrichtungsgegenstände für bezirkliche Schulen **300,00 €**

Grundschule Wenden
3 Schuhregale 300,00 €

Zu 2.: Mittel für Ortsbüchereien **3.000,00 €**

Ortsbücherei Wenden 3.000,00 €

Zu 3.: Straßenunterhaltung an bezirklichen Straßen **9.000,00 €**

Lindenstraße
Gehweg Ostseite, vor der Freifläche gegenüber Haus-Nr. 15
Auswechseln der Gehwegplatten und Regulierung der
Schottertragschicht, einzelne defekte Hochborde erneuern
beitragspflichtig* 9.000,00 €

Eichendorffstraße

Gehweg Südseite, Zufahrt Haus-Nr. 18 bis Einmündung

Geibelstraße

Auswechseln der Gehwegplatten und Regulierung der
Schottertragschicht; einzelne defekte Hochborde erneuern
beitragspflichtig*

6.000,00 €

Zu 4.: Hochbauunterhaltung für bezirkliche Friedhöfe

2.000,00 €

Teilsanierung der Außenfassade auf dem Friedhof Thune
(Streichen)

2.000,00 €

Zu 5.: Grünanlagenunterhaltung für bezirkliche Friedhöfe

500,00 €

Friedhof Thune: Beseitigung von Unebenheiten im Plattenbelag
um die Kapelle; besonders vor dem Umkleideraum Pastor
(soweit das Budget reicht)

500,00 €

Zu den Verwendungsvorschlägen bezüglich Grünanlagenunterhaltung wird die
Fachverwaltung zu einem späteren Zeitpunkt eine Beschlussvorlage einbringen.

Der Stadtbezirksrat 323 – Wenden-Thune-Harxbüttel hat im laufenden Haushaltsjahr von
dem Recht Gebrauch gemacht, die Haushaltsmittel als Budget zugewiesen zu bekommen
(siehe § 16 Absatz 2 der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig).

Ruppert

Anlage/n:

Antrag der bezirklichen Schule

Grundschule Braunschweig-Wenden

Heideblock 18 • Tel. 0 53 07 / 22 79

38110 Braunschweig
Schule

Anlage 2

Stadt Braunschweig Fachbereich Schule
03. APR. 2018
..... Anlagen

Stelle 40.12.

- vorab per Fax an
Herrn Oeber

Vorschlag über die Verwendung der Haushaltsmittel des Stadtbezirksrates 323

Hiermit beantrage ich für meine Schule die folgenden Einrichtungsgegenstände:

Einrichtungsgegenstand	Kosten
3 Schuhregale	390,- € (à 130 € netto)
	€
	€
	€

Der Gesamtumfang der Maßnahme beläuft sich auf 464,10 €, einschließlich MwSt, Lieferkosten etc.

Entsprechende Angebote bzw. Katalogseiten, aus denen die Kosten ersichtlich sind, sind beigelegt. Eventuelle Mehrkosten werden aus dem Schuletat bestritten.

Begründung zur schulischen Notwendigkeit (ggf. auch zur Finanzierung):

Die Schuhregale der Klasse 4b müssen dringend ausgetauscht werden.

Die gewünschten Schuhregale sind extra stabil und leicht zu reinigen.
(Details, siehe Beiblatt)

D. Bartels

Unterschrift Schulleitung

Verwendung von bezirklichen Mitteln 2018 der Grünanlagenunterhaltung im Stadtbezirk 323 - Wenden-Thune- Harxbüttel

17.05.2018

Ö

5 von 13 in Zusammenstellung

Absender:

**CDU/FDP-Gruppe im Stadtbezirksrat
323**

TOP 8.1

18-08270
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Pflege der Grünfläche vor dem Gemeinschaftshaus Thune

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.05.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel (zur
Beantwortung)

29.05.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Stadtbezirksrat 323 bittet die Verwaltung um Mitteilung :

1. In welchem Umfang und Intervall die städtische Grünfläche vor dem Dorfgemeinschaftshaus in Thune gereinigt wird.
2. Welche Maßnahme (z. B. Schutzbepflanzung, Einfriedung o. ä.) getroffen werden können, um den Verfall der v. g. Fläche zum allgemeinen Aufnahmeort von Hundeexkrementen zu verhindern.

Begründung:

Es ist wiederholt vorgekommen, dass nicht zu ermittelnde Tierhalter ihre Hunde zur Grünfläche vor dem Dorfgemeinschaftshaus führen und die Hunde dort ihr "Geschäft" verrichten lassen.

Da die Grünfläche zum Bereich des Dorfgemeinschaftshauses in Thune gehört und Besucher sowie Nutzer des Dorfgemeinschaftshauses diese Fläche als ersten Eindruck des Hauses wahrnehmen, schadet die derzeitige Situation dem Gesamtbild des Dorfgemeinschaftshauses sowie dem des Ortes.

Der Stadtbezirksrat 323 bittet die Verwaltung daher um Mitteilung, mit welchen Maßnahmen diesem Zustand entgegengewirkt werden kann.

gez.

André Gorklo

Anlage/n:

keine

Absender:

**CDU/FDP-Gruppe im Stadtbezirksrat
323**

TOP 8.2

18-08275
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Sachstand Wenden-West

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.05.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel (zur
Beantwortung)

29.05.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Stadtbezirksrat 323 bittet die Verwaltung um Mitteilung:

1. Wieviel Prozent der Fläche des Gebiets "Wenden-West" sind inzwischen im Besitz der Stadt?
2. Wie ist die Aufteilung der Gesamtfläche in Grünfläche/-Gürtel, Gewerbegebiet und Wohnbebauung prozentual, in absoluten Zahlen und nach örtlicher Lage vorgesehen?
3. Welche Gutachten bzw. Machbarkeitsstudien soll es geben, um u. a. bestimmte Gewerbe auszuschließen oder zu fördern und die Wohnqualität auf hohem Niveau zu garantieren?

gez.

André Gorklo

Anlage/n:

keine

Absender:

**Gruppe CDU/FDP im Stadtbezirksrat
323**

TOP 8.3
18-07201
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Einrichtung eines Toilettenhäuschens auf den Friedhöfen in Thune
und Harxbüttel**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

07.02.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel (zur
Beantwortung)

27.02.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Stadtbezirksrat bittet die Verwaltung um Information,

ob es Pläne gibt, nach dem Vorbild des Friedhofes in Wenden in Thune und Harxbüttel ein Toilettenhäuschen einzurichten (falls nein, warum nicht?) und wie hoch wären die Kosten dafür?

Gez. Heidemarie Mundlos

Anlage/n:

keine

Absender:

**Gruppe CDU/FDP im Stadtbezirksrat
323**

TOP 8.4
18-07204
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Baumnachpflanzungen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

07.02.2018

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel (zur
Beantwortung)

27.02.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Angesichts der Tatsache, dass im Rat der Stadt Braunschweig beschlossen wurde, Bäume, die durch das alte Haushaltskonsolidierungskonzept im Laufe der letzten 15 Jahre abgängig waren, nachzupflanzen und zu ersetzen, frage ich die Verwaltung:

An welchen Standorten im Bezirk werden welche Bäume zu wann neu gepflanzt?

In wieweit ist eine Beteiligung des Bezirksrates vorgesehen?

Gez. Heidemarie Mundlos

Anlage/n:

keine

Betreff:

Baumnachpflanzungen

Organisationseinheit:

Dezernat VII
67 Fachbereich Stadtgrün und Sport

Datum:

11.05.2018

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel (zur
Kenntnis)

Sitzungstermin

29.05.2018

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.02.2018 (DS 18-07204) wird wie folgt Stellung genommen:

Bislang liegen lediglich erste Vorüberlegungen, wo die Bäume zur Kompensation der Folgewirkungen der im Jahr 2017 vom Rat aufgehobenen Haushaltskonsolidierung im Stadtbezirk ersatzweise gepflanzt werden, vor.

Dem Stadtbezirksrat werden voraussichtlich im Herbst 2018 entsprechende Detailplanungen zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Loose

Anlage/n:

keine

Betreff:

Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023

Organisationseinheit:

Dezernat II
0120 Stadtentwicklung und Statistik (Wahlen)

Datum:

16.03.2018

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (Anhörung)	09.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Anhörung)	10.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 113 Hondelage (Anhörung)	16.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)	17.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 223 Broitzem (Anhörung)	17.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Heidberg-Melverode (Anhörung)	18.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien (Anhörung)	19.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (Anhörung)	19.04.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)	02.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (Anhörung)	09.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Veltenhof-Rühme (Anhörung)	15.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	16.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (Anhörung)	17.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 132 Viewegsgarten-Bebelhof (Anhörung)	23.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Anhörung)	23.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Anhörung)	24.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (Anhörung)	29.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel (Anhörung)	29.05.2018	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rünigen (Anhörung)	31.05.2018	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	05.06.2018	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	12.06.2018	Ö

Beschluss:

Der Rat der Stadt Braunschweig stimmt der Vorschlagsliste (Liste 1 – Teil A und B) zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 zu.

Die interessierten Bürgerinnen und Bürger, die die Altersgrenzen nicht einhalten (Liste 2), die keinen Wohnsitz in Braunschweig haben (Liste 3), die Polizeivollzugsbeamte sind (Liste 4) oder deren Antrag erst nach dem 28.2.2018 eingegangen ist (Liste 5) werden nicht in die Vorschlagsliste aufgenommen.

Sachverhalt:

Gemäß § 36 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) hat die Stadt Braunschweig im Jahr 2018 eine Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen aufzustellen. Die Vorschlagsliste wird an das Amtsgericht Braunschweig gemeldet, wo sie mit den Vorschlagslisten der anderen Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks zu einer Gesamtliste zusammengeführt wird.

Aus der Gesamtliste wählt bis zum 15. Oktober 2018 ein am Amtsgericht ansässiger Schöffenvwahlausschuss die Schöffinnen und Schöffen sowie die Hilfsschöffinnen und Hilfsschöffen für das Amts- und das Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023.

Mit Schreiben vom 22. Dezember 2017 hat der Präsident des Amtsgerichts die Stadt Braunschweig aufgefordert, bis zum 1. Juli 2018 mindestens 88 Personen für die vom Amtsgericht Braunschweig und mindestens 494 Personen für die vom Landgericht Braunschweig (Strafkammern) benötigten Haupt- und Hilfsschöffen vorzuschlagen. Somit sind insgesamt **mindestens 582 Personen** vorzuschlagen.

Um diese hohe Zahl vorzuschlagender Personen zu erreichen (im Jahr 2013 lag die Zahl noch bei mindestens 356 Personen), intensivierte die Verwaltung die Öffentlichkeitsarbeit zum Schöffenamtsamt. Unter anderem wurde wiederholt über die Medien informiert und auch die im Rat vertretenen Parteien und die Wählergruppe wurden gebeten, ihre Möglichkeiten als Multiplikatoren zu nutzen. Interessierte konnten eine Aufnahme bis zum 28. Februar 2018 beantragen. Bis zu diesem Zeitpunkt haben sich insgesamt 1.132 Personen um die Aufnahme in die Braunschweiger Vorschlagsliste beworben. Da die erforderliche Mindestzahl bereits Ende Februar überschritten war, wurden Bewerbungen nach dem genannten Stichtag nicht mehr in die Vorschlagsliste Liste 1 aufgenommen.

Alle in der Anlage Liste 1 aufgeführten Personen (1.096 Personen) sind mit den in § 36 (2) GVG geforderten Daten aufgenommen und erfüllen die formalen Voraussetzungen zur Übernahme des Schöffenamtes gemäß der §§ 31 bis 34 GVG, soweit dies von der Verwaltung überprüft werden konnte.

Gemäß § 33 GVG sollen zu dem Amt eines Schöffen nicht berufen werden:

1. Personen, die bei Beginn der Amtsperiode das fünfundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben würden;
2. Personen, die das siebzigste Lebensjahr vollendet haben oder es bis zum Beginn der Amtsperiode vollenden würden;
3. Personen, die zur Zeit der Aufstellung der Vorschlagsliste nicht in der Gemeinde wohnen;
4. Personen, die aus gesundheitlichen Gründen für das Amt nicht geeignet sind;
5. Personen, die mangels ausreichender Beherrschung der deutschen Sprache für das Amt nicht geeignet sind;
6. Personen, die in Vermögensverfall geraten sind.

In den anliegenden Listen 2 und 3 sind Personen aufgeführt, die gem. § 33 Ziffern 1, 2 und 3 GVG nicht zu dem Amt eines Schöffen berufen werden sollen, da sie bei Beginn der Amtsperiode das fünfundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben würden, sie das siebzigste Lebensjahr bis zum Beginn der Amtsperiode vollendet haben oder vollenden würden oder sie nicht in der Gemeinde wohnen.

Gemäß § 34 Abs. 1 Ziffer 5 GVG sollen zu dem Amt eines Schöffen ferner Polizeivollzugsbeamte nicht berufen werden. Der betroffene Personenkreis ist in Liste 4 aufgeführt.

Weiterhin sind in Liste 5 Anträge von Personen aufgeführt, deren Antrag auf Aufnahme in die Schöffenvorschlagsliste erst nach dem veröffentlichten Fristende 28. Februar 2018 eingegangen ist.

Die Verwaltung schlägt vor, Personen in den Listen 2 bis 5 aus den genannten Gründen nicht in die Vorschlagsliste aufzunehmen. Soweit Antragssteller einer Nichtaufnahme aus Altersgründen gegenüber der Verwaltung bereits widersprochen haben, sind entsprechende Schreiben der Liste 2 zur Kenntnisnahme beigelegt.

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste ist gemäß § 36 (1) GVG die **Zustimmung des Rates mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch mit der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder erforderlich**.

Nach § 94 (1) Nr. 7 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) sind die 19 Stadtbezirksräte vor der Aufstellung der Vorschlagsliste zur Schöffenwahl anzuhören. In Liste 1.1 ist die Liste 1 deshalb zur besseren Übersicht nach Stadtbezirken gruppiert.

Im Anschluss an die Ratsentscheidung wird die Vorschlagsliste eine Woche öffentlich ausgelegt. In der Woche nach der Auslegung kann Einspruch gegen die Vorschlagsliste erhoben werden. Die Vorschlagsliste nebst eventuellen Einsprüchen wird anschließend dem zuständigen Richter am Amtsgericht übergeben (§§ 36 (3), 37, 38 GVG).

Die Verwaltung weist daraufhin hin, dass alle Anlagen zu dieser Vorlage wegen der enthaltenen Personendaten vertraulich zu behandeln sind. Entsprechend sind sie als nichtöffentliche Anlagen klassifiziert.

i. V.

Ruppert

Anlage/n:

Alle Anlagen sind wegen vertraulicher Personenangaben nichtöffentlich:

- Liste 1 (Teil A –Frauen und Teil B – Männer)
- Liste 1.1 (Liste 1 gruppiert nach Stadtbezirken)
- Liste 2 (nicht aufgenommene Anträge wegen Unter- bzw. Überschreiten der Altersgrenze mit Anlagen)
- Liste 3 (nicht aufgenommene Anträge wegen fehlendem Wohnsitz in Braunschweig)
- Liste 4 (nicht aufgenommene Anträge wegen der Berufsgruppe „Polizeivollzugsbeamte“)
- Liste 5 (nicht aufgenommene Anträge wegen Antragseingang nach dem gesetzten Fristende 28.2.2018)